

# Hallische Zeitung

im G. Schwetschke'schen Verlage.  
(Hallischer Courier.)

Politisches und  
für Stadt



literarisches Blatt  
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung: G. Schwetschke'scher Verlag. — Redacteur Dr. Schadeberg.  
Wortführerlicher Abonnementspreis bei unmittelbarer Abnahme 1 Jhr. 6 Sgr., bei Bezug durch die Post 1 Jhr. 12 $\frac{1}{2}$  Sgr.  
Insertionsgebühren 1 Sgr. 6 Pf. für die dreispaltige Zeile gewöhnlicher Zeitungsschrift oder deren Raum.

N 129.

Halle, Donnerstag den 7. Juni  
Hierzu zwei Beilagen.

1866.

## Deutschland.

Die Ausichten auf die Erhaltung des Friedens, welche noch vor Kurzem, als der Zusammenritt der Pariser Conferenz gesichert erschienen, bedeutend im Steigen waren, haben sich seit einigen Tagen so schwer getrübt, daß der Ausbruch des Krieges in jeder Stunde erwartet werden kann. Dritt aber das unheilvolle Ereigniß herein, so trägt Oesterreich ganz und allein die Schuld an dem Ausbruche des Kampfes. Nicht nur, daß es durch gänzlich unannehmbar Vorbehalte die beabsichtigte Friedensversammlung in Paris vereitelt, nicht nur, daß es durch sein Verhalten in Venedig die Stimmung der Bevölkerung fortwährend reizt und erbittert, so ist auch sein rücksichtsloses Aufsitzen in Holstein, wo es trotz seiner Erklärung, die holsteinische Sache dem Deutschen Bunde zu überlassen, einseitig die dortigen Stände zusammenberufen will, für nichts anderes, als eine Provokation zum Kriege anzusehen. Diefem letzteren Schritte Oesterreichs gegenüber enthält der neueste „Preuß. Staats-Anzeiger“ eine Erklärung, welche dazu bestimmt scheint, dem Wiener Kabinett in der letzten Stunde eine Mahnung an vertragsmäßig übernommene Verpflichtungen ins Gedächtniß zu rufen. Die Erklärung lautet:

„Zwischen Preußen und Oesterreich ist unter dem 16. Januar 1864 eine Convention zu Berlin unterzeichnet worden, um den gemeinsamen Gang in der Angelegenheit der Herzogthümer zu regeln. Artikel 5 derselben lautet:

„Für den Fall, daß es zu Feindseligkeiten in Schleswig käme und also die zwischen den deutschen Mächten und Dänemark bestehenden Vertrags-Verhältnissen hinsichtlich würden, behalten die Höfe von Preußen und Oesterreich sich vor, die künftigen Verhältnisse der Herzogthümer nur im gegenseitigen Einverständnis festzustellen. Zur Erzielung dieses Einverständnisses würden sie eintretenden Falles die sachgemäßen weiteren Abreden treffen. Sie werden jedenfalls die Frage über die Erbfolge in den Herzogthümern nicht anders, als im gemeinsamen Einverständnis entscheiden.“

Es bedarf keines Beweises, daß durch die Erklärung Oesterreichs in der Bundestagsitzung am 1. d. M. sowohl die angeführten Bestimmungen der Vereinbarung vom 16. Januar 1864, als auch diejenigen der Saffiner Convention verletzt worden sind.“

Ueber dieselbe Angelegenheit liegen ferner folgende zwei Telegramme in der „Köln. Ztg.“ vor:

**Berlin**, d. 5. Juni. Gleich nach Kenntnisaufnahme der österreichischen Erklärung in Frankfurt soll Preußen in einer Depesche, welche auch allen Gesandtschaften mitgetheilt wurde, gegen jene Erklärung so wie die Berufung der holsteinischen Stände als gegen einen Bruch der Verträge Verwahrung eingelegt haben. Die Einberufung könne nur rechtmäßig sein, wenn sie von beiden Souverainen erfolge.

**Berlin**, d. 5. Juni. Man versichert, preussischerseits sei eine auf Oesterreichs angeführte Vertragsverletzung bezügliche Mittheilung in Wien erfolgt, welche die Rücknahme verlangt. Aus der Erklärung der neutralen Mächte in Wien soll hervorgehen, daß sie in Folge der Vorbehalte Oesterreichs wegen Venedigs und Oesterreichs Behandlung der Frage der Erb- Herzogthümer in Frankfurt die Conferenz als gegenstandslos ansehen.

Die „Magdeb. Zeitung“ enthält in ihrem neuesten Blatte nachstehende Notiz:

„Wir hören aus einer Quelle, die wir für völlig zuverlässig zu halten Grund haben, daß, wenn Oesterreich nicht bis morgen (Mittwoch) seine Erklärung am Bunde widerrufen habe, der Preussische Gesandte v. Werther angewiesen sei, Wien zu verlassen.“

Die bedrohliche Haltung Oesterreichs scheint nun aber auch die preussische Regierung veranlaßt zu haben, eine feste Stellung hinsichtlich des Bündnisses mit dem Königreich Italien einzunehmen. Die „Berl. Börsenzeitung“ berichtet darüber folgendes:

„Der definitive Vertrag mit Italien, das wirkliche Schutz- und Trutzbündnis ist jetzt vom König Wilhelm vollzogen worden und der italienische General Savone ist mit der Urkunde nach Florenz abgereist. Bekanntlich bestand bisher nur ein provisorisches Abkommen, lediglich auf die Eventualität gerichtet, daß Oesterreich einen Angriff gegen Preußen oder Italien unternehmen würde, für welchen Fall die gegenseitige Hülfsleistung vereinbart war. In diesem vorläufigen Pacte, welchem nur bis zum 15. d. M. Geltung gegeben worden, waren namentlich feste Verabredungen über die Endziele, welche jeder der beiden Staaten Oesterreich gegenüber sich im Falle des Krieges setzen würde, sowie über die Bedingungen, unter welchen einseitig der Abschluß des Friedens zulässig, nicht getroffen. Diese Punkte sind in dem jetzt abgeschlossenen definitiven Bündnisse fixirt worden. — Ueber das Verhältniß der verbündeten Staaten zu Frankreich verlautet noch nichts Zuverlässiges; der Umstand aber, daß das 7. und 8. Armeecorps, welche nach den zuerst getroffenen Dispositionen am Rheine aufgestellt bleiben sollten, nunmehr gleichfalls gegen Oesterreich Position nehmen, darf wohl gefolgert werden, daß die preussische Regierung vor jeder Gefährdung unserer westlichen Provinzen sich sicher weiß, da sie anderenfalls die letzteren nicht von Truppen entblößen würde.“

Eine ausführlichere Darlegung über den Standpunkt, welchen das Wiener Kabinett gegenwärtig einnimmt, giebt die „Wiener Abendpost“, ein Blatt, dessen sich die dortige Regierung zu officiellen Mittheilungen vorzugsweise zu bedienen pflegt, in folgendem Artikel vom 4. Juni:

„Durch die Erklärung Oesterreichs in der letzten Bundestagsitzung ist die weitere Entwicklung der Schleswig-Holsteinischen Frage, soweit Oesterreich auf dieselbe einen direct bestimmenden Einfluß zu nehmen berechtigt war, den Entschliefungen des Deutschen Bundes anheimgestellt worden. Die Motive dieses Schrittes der Oesterreichischen Regierung sind bekannt; sie beruhen einfach auf der durch die Ereignisse völlig ausreichend begründeten Erkenntniß der Unmöglichkeit, sich mit Preußen über ein dem allgemeinen Deutschen und dem Landrecht der Herzogthümer entsprechendes Definitivum zu verständigen. Die Consequenzen des Vorgehens der Oesterreichischen Regierung ziehend, sehen wir in erster Linie, daß dabei festgehalten wird an den ursprünglichen, unzuverlässigen Voraussetzungen einer gemeinsamen Austro-Preussischen Action sowohl, als gemeinsamer Austro-Preussischer Vereinbarungen. Beide konnten nur auf der prinzipiellen Basis des Deutschen Rechtes beruhen. Oesterreich negirt nicht die rechtlichen Grundlagen des Wiener Friedens und ist ferne davon, den provisorischen Satzungen des Gasteiner Vertrages ihre Gültigkeit bis zum Definitivum zu bestreiten. Die Einberufung der holsteinischen Ständeversammlung giebt davon Zeugniß. Die Sache liegt indeß so: Der Wiener Friede übertrug den beiden Deutschen Mächten das Dispositionsrecht über die Herzogthümer, aber wahrlich nicht für eine dem Rechte zuwiderlaufende Disposition. Es erschöpft das Wesen der Sache nicht, bezeichnet es aber in einem entscheidenden Punkte, wenn man sagt, die Verträge geben Preußen und Oesterreich das Recht zur Durchführung des Rechtes. Dieses Recht mochte in Würdigung der Mitverdienste Preußens um die Befreiung der Herzogthümer, in Würdigung seiner politischen Stellung im Norden Deutschlands und seiner politischen Bedürfnisse gewissen Einschränkungen unterworfen werden; allein es bei Seite schieben wollte und konnte die Austro-Preussische Abmachung nicht, ohne die Ziele des gemeinsamen Vorgehens gegen Dänemark zu verläugnen, ohne in den Herzogthümern eine Vergewaltigung an Stelle jener zu setzen, zu be-

ren Beseitigung man die Waffen bis an die Nordspitze Jütlands getragen, ohne eine zerstörende Hand an die Grundbedingungen des Deutschen Bundes zu legen. Jede natürliche und unbefangene Auffassung, jede Interpretation der Verträge führt daher zuletzt wie von selbst auf die Verweisung der Frage an den Bund. Wäre das Recht auf die Herzogthümer von vorn herein unzweifelhaft klar gestellt gewesen, wären namentlich Oesterreich und Preußen im Sinne dieses Rechts über die Grundlagen des Desinitivums einig geworden, dann (!) allerdings hätte es vielleicht des Bundes nicht bedurft, um auf der Basis des durch den Wiener Frieden geschaffenen Dispositionsrechtes der Großmächte zur Entscheidung zu gelangen. Allein alle Versuche Oesterreichs, Preußens für eine Lösung zu gewinnen, die das Wiener Cabinet im Einklange mit fast ganz Deutschland als dem Rechte entsprechend anerkennen mußte, sind gescheitert. Was könnte natürlicher sein, als daß Oesterreich sich entschloß, die älteren Rechte des Bundes, welche durch die Vereinbarungen mit Preußen nicht in Frage gestellt werden konnten, frei walten zu lassen und dem Deutschen Bunde die Entscheidung der Sache anheimzustellen? Preußen aber, so scheint es, könnte um so weniger gegründete Einsprache gegen das Vorgehen Oesterreichs erheben, als es in seiner Stellung zu der Frage geradezu durch Alles an den Bund gewiesen ist. Jahre hindurch hat es nicht als Europäische Großmacht, sondern als Glied des Deutschen Bundes an der Schleswig-Holstein'schen Frage hervorragenden Antheil genommen; zur Bundes-Erection ist es in den Kampf gegen Dänemark gezogen, ehe dieser durch die Halsstarrigkeit der Dänen den Charakter eines Krieges angenommen. Es behauptet Ansprüche auf die Herzogthümer zu haben, bezüglich deren es unmöglich sich allein als Richter betrachtet kann. Bestimmen nicht sein souveräner Wille und die augenblicklichen Vortheile, die es anstrebt, die obersten Grundsätze seiner Haltung, hat es sich noch einen Rest bundesstreuer Gefinnung bewahrt aus der Politik der Militär-Conventionen, der Einzelbündnisse und Bittreiben mit fremden Mächten, dann wird es sich der Entscheidung des Bundes fügen, wie Oesterreich sich ihr zu fügen entschlossen ist. Nicht Rivalität gegen Oesterreich, die Quelle mehr als einer Verwicklung, kann heute seine Entschlüsse bestimmen. Denn Oesterreich hat sich individuell, ohne das Recht Preußens zu verletzen, und ohne die Schlüssen-Echeidung zu präjudiciren, von der Weiterführung des Streites zurückgezogen. Es hat der Erhaltung des Friedens eine neue Bahn gebrochen. Weigert sich Preußen, sie zu betreten, so ist diese Weigerung gegen den Bund gerichtet; es zerreißt das an Deutschland fesselnde Band, wenn es der Bundesentscheidung Unterwerfung verweigert. Möge man sich in Preußen über die Consequenzen klar sein, welche die nächsten Schritte des Berliner Cabinets nach sich ziehen müssen; mögen diese Schritte von wahrhaft Deutscher Gefinnung dictirt werden, frei von jeder Leidenschaftlichkeit und jener falschen Auffassung des Preussischen Staatsbegriffes, die zu lange schon die Politik des Berliner Cabinets bestimmt haben."

Die ebenfalls offiziöse „Oesterreichische Zeitung“ vom 5 Juni bemerkt gegenüber der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, daß die Berufung der holsteinischen Stände ein eklatanter Vertragsbruch und ein Angriff auf die preussischen Souveränitätsrechte sei, Folgendes: Wir wollen davon absehen, obgleich das als sehr wesentlich erscheinen muß, daß der Gasteiner Vertrag eine zeitweilige Ausübung der Hoheitsrechte in Holstein unbeschränkt und ausnahmslos an Oesterreich allein übertragen und daß die Berufung der Stände ein zweifellosiger Ausfluß dieser Hoheitsrechte ist, daß also Preußen gerade kraft des Gasteiner Vertrages in Ausübung dieses, wie jedes anderen Hoheitsrechtes auch nicht ein einziges Wort hinein zu reden hat. Aber gefehlt es wäre dem andern, wie will man behaupten dürfen, daß Oesterreich die Stände zu dem ausgesprochenen Zwecke berufe, das Unterthanenverhältnis zu Preußen zu lösen? Wann und wo ist ein solcher Zweck ausgesprochen? Dadurch vielleicht, daß der gelegentlichen Verretung des Landes Gelegenheit gegeben werden soll, die Frage über das Recht des Landes nicht etwa zu entscheiden, sondern nur in Erörterung zu ziehen? Ist Preußen so wenig durchdrungen sowohl von der Kraft der Rechtsausführungen seiner Kronjuristen wie von dem Wunsche der Bevölkerung, der Vortheile eines Aufgehens in Preußen theilhaftig zu werden, daß es der holsteinischen Ständeversammlung, selbst wenn diese zu dem ausgesprochenen Zwecke berufen werden sollte, das Unterthanenverhältnis zu Preußen zu lösen, nicht zurtraut, dieselbe werde laut ihre Stimme erheben, um dieses Unterthanenverhältnis sofort für alle Zeiten sicher zu stellen? Oesterreich wagt es darauf hin, die Ständeversammlung sich wie einen Mann für den Anschluß an Preußen erheben zu sehen.

In Verbindung mit dieser Anschauung Oesterreichs steht schließlich wohl ein so eben eingetroffenes Telegramm folgenden Inhalts:  
**Wien**, d. 5. Juni. Wie die „Wiener Abendpost“ vernimmt, sind die Vorbereitungen für den Zusammentritt der holsteinischen Ständeversammlung in vollem Gange. Es sind bereits zwei Ergänzungs-Wahlen ausgesprochen.

Noch ist der Würfel der blutigen Entscheidung nicht gefallen und man könnte aus der Mithteilung, daß die nach Holstein über Rassel bestimmten österröichischen Truppentransporte (s. das betreffende Telegramm in uns. heut. Nr.) wieder abbestellt seien, noch eine Hoffnung auf Erhaltung des Friedens schöpfen. Diese Hoffnung ist jedoch immer nur eine geringe. Brüche es aber Oesterreich wirklich zum Kriege, so wird seine Stellung gewiß überall in Deutschland eine völlig ungunstige, ja hoffnungslose sein, denn Alles, was bis jetzt für die Bewahrung des Friedens im deutschen Vaterlande wirkte und strebte, würde sich mit Erbitterung und Entrüstung dem deutschen Landfriedensbrecher entgegenwerfen. Das Wiener Cabinet möge sich darüber keiner bitteren Täuschung hingeben!

**Berlin**, d. 5. Juni. Se. Majestät der König haben geruht: Der Seiten der Stadtverordneten-Versammlung zu Merseburg auf eine fernere sechsjährige Dauer erfolgten Wiedewahl des dortigen unbesoldeten Abgeordneten Carlstein zu diesem Amte die Allerhöchste Befestigung zu erteilen.

Wie die „Berl. Börsen-Ztg.“ hört, ist gestern Abend von hier eine offizielle Notifikation nach Paris abgegangen, worin der Ministerpräsident Graf Bismarck sein Fortbleiben von der Pariser Konferenz mit dem Hinweis auf die bekannten österröichischen Bedingungen, welche der Konferenz von Gastein aus jeden Erfolg benehmen, motivirt.

Der Ausmarsch der Garbetruppen hat vorgestern begonnen und wird morgen vollendet sein. Zur nächsten Besetzung Berlins und Potsdams sollen in diesen Tagen die 4 Garde-Infanterie-Regimenter eintreffen.

Es wird berichtet, der General-Feldmarschall v. Wrangel habe beim König darum nachgesucht, daß es ihm gestattet werde, im Falle des Krieges seinem Kürassier-Regimente die Standarte vorzutragen zu dürfen. Der König hat dies gewährt und Graf Wrangel hat sich die entsprechende Uniform machen lassen.

Der evangelische Pfarrer Lohmann zu Wesel ist nach der „Erl.-Ztg.“ für die Dauer der gegenwärtigen Wirren zum Militär-Deputirter ernannt und wird in diesen Tagen Behufs Antritts seiner neuen Function abreisen.

In den diplomatischen Kreisen will man wissen, daß der österröichische Gesandte, Graf Karolyi, bereits seine Equipage, seine Pferde etc. nach Wien geschickt habe.

Die „Kreuzzeitung“ enthält einen Bericht über eine nicht öffentliche Versammlung, welche zwei bis dreihundert Mitglieder der konservativen Partei aus verschiedenen Provinzen am Freitag hier im Englischen Hause abhielten. Graf Stolberg-Wernigerode eröffnete dieselbe mit einem stillen Gebet. Von den Reden wird von der „Kreuzzeitung“ nur die des Herrn v. Brandenburg wiedergegeben, welcher zuerst den Hader innerhalb der eigenen Partei erwähnte, und darüber schließend sagte:

„Wir sind beschuldigt worden, wir hätten unsere Prinzipien und Führer verleistet, wir wären weiter nicht mehr als „Bismarck'sch“! Meine Herren, ich bekenne vor Ihnen frei und offen, daß ich in der jetzt brennenden Frage: „ob Krieg, ob Frieden!“ weder feindlich bin noch konservativ, noch Oesterröichisch — sondern einzig und allein „Preussisch“! Mein Herz schlägt in dieser Frage voll und laut, wie es je einen Patrioten hat schlagen können, als es hieß: „Der König rief, und Alle, Alle kamen!“

Herr v. Brandenburg sprach dann seine Bewunderung für den einmüthigen Kriegseifer der Italiener aus, und empfahl, ihrem Beispiel zu folgen. Um dabei den Ehrenschild für den König von Neapel, für welchen Graf Stolberg besonders gewirkt, nicht zu besaouren, fuhr er fort:

„Ich habe stets zur Zeit der neuen Acta von der Tribüne und sonst die Bestrebungen der Italiener gebührend, so weit sie mit verfassungsmäßigen Mitteln ihre nationalen Zwecke verfolgten, und würde das auch noch jetzt thun. Ich habe es getadelt, daß deutsche Parteien sich auf die Seite Italiens stellten und dazu beitragen suchten, Oesterreich aus seinem legitimen Besitz zu vertreiben, weil ich der Meinung war, daß Italien stets nur ein Provisorium zu Frankreich werden könnte, wenn Oesterreich dort verdrängt wäre. Ich würde auch jetzt noch das Gleiche thun bei gleicher Schlußfolgerung. Aber die Schicksale sind verändert. Italien ist ein von allen Staaten (mit Ausnahme von Oesterreich) anerkanntes Königreich und auch Oesterreich steht wohl festlich in Verbindung — was soll es also heissen, wenn man und die Regierung beschuldigt, mit dem revolutionären Italien zu gehen? Garibaldi hat ein revolutionäres und ist jetzt, nachdem seine Oligarchie ihn hat in die Hölle schiefen lassen — ein italienischer General eines legitimen Königreichs! Soll es ein Verbrechen sein, wenn Gott es so führt, daß Preußen — in seiner Existenz bedroht — Hilfe annimmt von diesem Königreich, das sich ansieht, anscheinend gegen seine Feinde auf dem rechten Flügel zu marschiren und vielleicht einst auch auf dem linken?“

Bemerkenswerth wegen gewisser durchscheinender Absichten ist noch folgende Stelle:

Die selbstbewußtesten entschlossenen Demokraten werden die Mittel zum Kriege verzweigern, wenn nicht die Regierung ihre Bedingungen acceptirt, d. h. sie wollen den Krieg nur führen helfen, wenn das Königreich verfassungsmäßige Rechte illusorisch gemacht werden — wenn die volle Gewalt über die Finanzen zu verlieren, also über die Ministerielle freie Disposition zu haben — unter Befestigung des Herrschaftes — auf die Majorität des zweiten Hauses übergeht! Ich brauche wohl kein Wort darüber zu verlieren, wie staatsverderblich diese Bestrebungen nach meiner Meinung sind! Die Partei, die darnach strebt, die Verfassungsrechte allein für sich zu erobern — was aus dem Staate werden, was da will — die ist gerichtet und ihr gegenüber kann von Verfassungsbruch nicht mehr die Rede sein. Mögen diese Demokraten wohl bedenken, daß sie bei den bevorstehenden Abstimmungen über ein Kriegsanlehen benehmen können, ob sie irgend eine staatsmännliche Befähigung haben. Verweigern sie das Nothwendige, um die Ehre und die Grenzen des Staates zu retten, so haben sie selbst die Staatsverfassung unmöglich gemacht und ruiniert!“

Der Bericht der „Kreuzzeitung“ meldet schließend: Geh. Rath Wagners sprach über die augenblickliche Lage, indem er das Verhältnis zwischen Preußen und Oesterreich klar darlegte. In Bezug auf die bevorstehenden Wahlen wurde ein vorgelegter Aufruf besprochen und in einzelnen Sätzen erläutert, auch mehrere Änderungen vorgeschlagen. Es betheiligten sich hier an der Debatte Konfessionsrath Biedack, Erfurt, Graf Lehndorf, Herr von Kardoff, Präsident v. Kleist, Herr v. Wedemeyer, Herr Neuhaus, Professor Glaser, General v. Troshke und Andere. Das Central-Comité für die Wahlen wurde durch einzelne Männer aus den Provinzen ergänzt, so jedoch, daß in Bezug auf Ansprachen, Auftritte etc. jedem Wahlkreise überlassen wurde, so zu verfahren, wie es ihm geeignet erschien. Der königlichen Macht, an der man im Frieden festgehalten, etwa gar jetzt in Kriegszeiten durch Konzessionen etwas vergeben zu wollen, das erschien Allen eben so unrichtig wie unmöglich.

Die Anklage gegen den Abgeordneten Twetten wegen der am 20. Mai 1865 im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede lautet auf Verleumdung und verklarungsfähige Beschädigung des Justizministers Grafen zur Lippe, des Staatsministeriums, des Obergerichtes, des Staatsgerichtshofes, der Disziplinargerichte, der Staatsanwaltschaften und des preussischen Gerichts überhaupt. Der Termin zur öffentlichen Verhand-

lung der Sache steht am Freitag, den 8. Juni, Vormittags 9 Uhr, vor der 7. Deputation des Kriminalgerichts an.

Der Vorstand des landwirthschaftlichen Vereins für Rheinpreußen hat am 29. v. M. folgende Adresse an den König abzugeben beschlossen:

„Wir bitten um Erhaltung des äußeren durch Wiederherstellung des inneren Friedens! Jetzt schon, vor dem wirklichen Ausbruche des Krieges, sind in unserer Provinz alle aus dem Frieden und dessen Segnungen hervorgehenden und auf Erhaltung desselben begründeten, hoch entwickelten Reichthums- und Productionsverhältnisse der Landwirtschaft und der mit ihr in so innigen Wechselbeziehungen stehenden Industrie in eine Krise gestürzt, deren Beilegung, wenn selbst der Krieg nicht ausbricht, viele Jahre erfordern dürfte, und deren Folgen für den Staat zunächst unberechenbare Verluste an directem und indirectem Einkommen bilden werden, und zwar in um so höherem Grade, als schon vor dem Ausbruche der Kriegsvorfälle die Steuerkraft, namentlich der Landwirtschaft, bis zu den Grenzen der Mächtigkeit angepaßt war. Inwieweit Angst vor dem Kriege überhaupt ist es nicht, was unsere Stimme um Frieden erheben läßt. Die Jahre 1859 und 1864 haben auch die Landwirtschaft Rheinlands heftigst und opferwillig gefunden, alle Lasten eines wirklich nationalen Krieges zu tragen. Gehlich und offen erfüllen wir das Gebot der Wahrheit und bekennen, daß die Rheinischen Landwirthe von einem Kriege, der kein Befreiungskrieg von fremdem Joch und kein Verteidigungskrieg gegen fremde Eroberer ist, das Schrecklichste befürchten! Bei dem jetzigen vollständigen Mangel aller und jeder Begeisterung des Volkes für den drohenden Bürgerkrieg, bei dem in alle Rechtsverhältnisse tief eingreifenden inneren Conflict befürchten wir sogar das Aller schlimmste: die Schädigung unserer Nationalität! Wir hegen indessen das unerschütterte Vertrauen auf die von Ew. Majestät in Gott ruhendem Vater bei der Selbstregierung der Rheinlande gegebene Verheißung: gerade unsere Provinz als die Vormauer der Freiheit und Unabgängigkeit Deutschlands beschützen und wahren zu wollen. Ein Pfand, welches uns auch durch Ew. Majestät eigenes Wort: „Kein Fußtritt Deutscher Erde soll mit meinem Willen verloren gehen.“ neu verliehen worden ist. Doch über menschlichen Willen stehen die Ereignisse. Durch die vereinte Kraft Deutschlands sind wir von der Fremdherrschaft befreit und Deutschland wiedergegeben worden, und nur in der Kraft eines in sich einigigen Deutschlands können wir den wirksamen Schutz unserer Landesgegenen finden. Die Eingeliet ist noch im ganzen Deutschen Volke lebendig, und will Vertrauen wenden wir uns an Ew. Majestät landesväterliches Herz mit der dringenden Bitte, uns dieselbe auf dem Wege friedlicher Vereinbarung zu erhalten.“

Roggenbach hat sich unlängst über die Sache des Prinzen von Augustenburg in der bairischen zweiten Kammer dahin ausgesprochen: daß die Sache nicht mehr auf die Sympathien der deutschen Nation rechnen könne, weil er dieselben nicht zu verdienen gewußt habe. Er habe sich von partikularistischem Eigensinn leiten lassen, hat sich dem allgemeinen deutschen Interesse zu fügen. Nach Roggenbach's Urtheil hätte der Herzog die preussischen Forderungen annehmen müssen; durch ihre Ablehnung sei der Conflict zwischen Preußen und Oesterreich erzeugt worden, an dem auch die Sache des Herzogs gescheitert sei. (Es gab bekanntlich keinen hingebeneren und thätigeren Anwalt für die schleswig-holsteinische Sache als Roggenbach.)

Aus München wird der „K. Z.“ geschrieben: Es ist ein ziemlich offenkundiges Geheimniß hier, daß der König persönlich fast mehr Sympathien für Preußen als für Oesterreich hegt und darin den Eraktionen seines Vaters folgt. Die wirklich alles Maß des Anstandes überschreitenden Angriffe, welche auch in jüngster Zeit besonders wieder die gesammte ultramontane Presse in Baiern gegen die Person des Monarchen zu richten wagte, entspringen wesentlich mit aus diesem Grunde, und als nicht genug Oesterreichlich gefinnt gelten auch der General v. D. Mann und der Kriegsminister, während hingegen der alte Prinz Karl, Kronprinz des Königs und der Prinz Leopold, sein Onkel, der mit einer toscanischen Prinzessin verheiratet ist, die Häupter der mit Oesterreich gehenden Hofpartei bilden. Die fanatisch-österreichische Welpenpartei wird wesentlich auch noch durch die zahlreichen Befürworter österreichischer Staatspapiere in München verstärkt. Besonders viele Mitglieder des kaiserlichen hohen Adels, die zu indolent sind, um sich der in Baiern noch so sehr im Argen liegenden Landwirtschaft anzunehmen und ihre Güter selbst zu bewirtschaften, und nun gern ihre sonst nicht allzu großes Vermögen zu recht hohen Zinsen anlegen wollten, um Aufwand treiben zu können, kaufen sich die 6 bis 8 Prozent tragenden österreichischen Papiere und erheben nun ein rafendes Geschrei, die alte österreichische Suprematie in Deutschland dürfe nicht gefährdet werden; es sei die Pflicht Baierns, für den Kaiser von Oesterreich mit in das Feld zu ziehen — eben so wie diese Partei schon 1859 ganz Deutschland in einen wahnwitzigen Krieg mit Frankreich zu verwickeln strebte.

Der Antrag Baierns wegen Neutralisirung der Bundesfestungen, in welchen sich Preußen und Oesterreicher als gemischte Garnisonen befinden, ist um so weniger gegen Preußen gerichtet, als er von Preußen angeregt worden ist. Preußen zog zuerst in Betracht, daß in jenen Festungen unter den obwaltenden Umständen leicht Reibungen entstehen können, welche besser und zwar durch eine Neutralisirung zu vermeiden wären. Preußen theilte diese Ansicht Baiern mit, die bairische Regierung setzte sich mit dem Wiener Cabinet in Verbindung, versicherte sich der Zustimmung des letzteren, und stellte dann den bekannten Antrag bei dem Bunde.

Nach der „Hess. Morgenztg.“ hat der Vorstand des Handels- und Gewerbevereins zu Hersfeld (Kuhsteden) an das Gesamt-Staatsministerium eine Eingabe mit der Bitte gerichtet, die Staatsregierung „wolle zum Heile des weiteren und engeren Vaterlandes, insbesondere auch in weiser Erwägung und Berücksichtigung der volkswirthschaftlichen Interessen, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel, unter die man in erster Reihe den Anschluß an Preußen und das Hinwirken auf eine baldige Berufung des Deutschen Parlaments rechne, aufbieten, um den schwer bedrohten Frieden zu erhalten.“

Hessen-Darmstadt. Die Erklärung des Fürsten Solms-Lich in der Sitzung der ersten Kammer vom 31. v. M., daß bis jetzt

keiner der Prätendenten ein volles Erbrecht auf die Herzogthümer nachgewiesen habe, und daß eine Session derselben an Preußen das Beste sei, hat nicht verfehlt, im Lande ein bedeutendes Aufsehen hervorzurufen, besonders weil der Fürst offen die Ansicht ausspricht, daß der österreichischen Wappenehre gewiß nicht durch eine derartige Session zu nahe getreten werde. Freiherr v. Dalwigk erklärte zu Protokoll, daß er mit den Ansichten des Fürsten durchaus nicht einverstanden sei, daß ihm aber seine amtliche Stellung eine Widerlegung „hier“ nicht gestattet. Diese Kundgebung des Fürsten hat bei der am Hofe herrschenden antipreussischen Richtung einen großen Eindruck gemacht und wird auch in der zweiten Kammer ihren Einfluß ausüben. Das Organ der radicalen Mitglieder der Opposition, die „Hessische Landeszeitung“, erklärt bereits, daß man sicher sein müsse, daß die geforderten 4 Millionen nicht für österreichische Zwecke verwendet werden und daß dem Ministerium Dalwigk ohne Garantie kein Kreuzer bewilligt werden könne. Eine bewaffnete Parteinahme gegen Preußen sei nichts anderes als eine solche für Oesterreich.

Wiesbaden, d. 3. Juni. Der wegen des bekannten Duells zur Verbüßung einer einjährigen Festungsstrafe verurtheilte Hauptmann Vogler hat die Marburg bereits wieder verlassen, um seine Compagnie beim event. Ausmarsch zu commandiren.

Wien, d. 4. Juni. Einer Bürgerdeputation des neunten Wiener Bezirks antwortete der Kaiser, falls es nothwendig wäre, die ganze Garnison Wiens abmarschiren zu lassen, rechne er ohnehin auf das patriotische Zusammenwirken aller Bürger. Gleichzeitig wurde die Salzburger Bürgerdeputation huldvollst empfangen. — Der „Wanderer“ meldet, daß eine österreichische Circulardepesche an die auswärtigen Regierungen abgegangen sei, worin die Uebertragung der Entscheidung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit an den Bund motivirt wird. Die Absendung dieses Rundschreibens beweise, daß Oesterreich nicht im Entsatzen daran denke, einer erlangen als Ultimatum geltenden Forderung Preußens nachzukommen und die am Bunde angekündigten Maßregeln zurückzunehmen.

Die wiener Zeitungen jubeln über die Thatsache, daß Oesterreich die Angelegenheit der Herzogthümer in die Hände des deutschen Bundes zurückgelegt hat. Endlich (ruft die „Öst. Post“) habe Oesterreich die häßliche und verhängnißvolle Erbschaft Reichberg's fahren lassen. „Zur Stunde giebt es keinen Vertrag mehr zwischen Preußen und Oesterreich; der deutsche Bund ist es, der am Königsberg und bei Deversel gefämpft; der deutsche Bund ist es, der die Herzogthümer von Dänemark erobert hat; der deutsche Bund ist es, der den wiener Frieden mit unterzeichnet hat. Oesterreich war bloß sein Mandatar; die Benefizien, welche in den beiden Verträgen, die seit der Eroberung Schleswigs stattgefunden, von Oesterreich erworben worden, sind für den Bund erworben worden; in seine Hand ist nun die Entscheidung gelegt über Dasjenige, was nach Bundes- und Landesrecht zu geschehen hat. Und wahrlich, der also durch Oesterreich gekräftigte Bund, der allüberall gerüfset dasteht, ist vollkommen in der Lage, um seiner Autorität Achtung und seinen mit Majorität gefaßten Beschlüssen Geltung zu verschaffen.“ — Was die Folgen dieser Maßregel betrifft, so habe man (wie das Blatt ferner meint) zu gewärtigen, „daß Preußen zu den Waffen greift und der Krieg in wenigen Tagen entbrennt.“

Aus dem Hauptquartier der Nordarmee berichtet die in Dlmütz erscheinende „Neue Zeit“ vom 1. d. M.: Der Commandant der Nordarmee, Feldzeugmeister Ritter v. Benedek, benutzte den gestrigen Tag (31. Mai), wo ein Theil der Garnison zur Feier des Frohnleichnamfestes ausgerückt war, um die Truppen, die er sich bisher nicht hatte vorführen lassen, zu inspiziren. Nach der Procession ließ der Commandant die einzelnen Truppenabtheilungen vor der Hauptwache defiliren, berief dann die Offiziere und die decorirte Mannschaft zu sich, ließ dieselbe einen Kreis formiren und hielt eine längere Anrede: „Er habe die Decorirten vor sich gerufen, weil sie bereits ihre Tapferkeit bewährt haben; an ihnen wird es sein, wenn das Vaterland sie ruft, ten Kameaden mit einem guten Beispiele voranzugehen. Die Armee kostet dem Kaiser und dem Staate viel, viel Geld, aber darum soll uns auch der Kaiser bereit finden in der Stunde der Gefahr. Ich weiß nicht, ob es zum Kriege kommt und kümmerere mich nicht darum, ich bin Soldat und werde als solcher meine Pflicht erfüllen und Ihr werdet nicht zurückbleiben. Es ist nicht möglich, daß ich Jedem die Hand reiche“, so endete Benedek, „ich gebe Euch insgesamt meinen Segen; ein Soldatensegnen ist viel, sehr viel werth, er begleitet Euch, wenn in der Stunde der Noth der Kaiser ruft!“ Die Truppen marschirten darauf ab und Sr. Excellenz verfügte sich in Begleitung seiner Suite in das Hauptquartier.

### Bitte

#### an patriotische und mildthätige Herzen.

Die Ehefrau eines hallischen Landwehrmannes, eines unbemittelten Professionsisten, welcher jetzt zu den Fahnen einberufen ist, wurde gestern von Drillingen entbunden. Bei der sehr hülfbedürftigen Lage dieser Familie würde jede freundliche Gabe zur Vinderung eines solchen Nothstandes sehr willkommen sein und von der unterzeichneten Expedition gern angenommen und weiter besördert werden. Eingegangen sind bereits von S. S. 2 N., von Em. S. 2 N. Halle, den 6. Juni 1866.

Expedition der Hallischen Zeitung.

## Bekanntmachungen.

Donnerstag den 7. Juni c. Vormittags 10 Uhr sollen auf dem Magdeburger Güterbahnhofo 2950 Stück gute Soldatenbrote à 5  $\frac{1}{2}$  18 Kth. öffentlich an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden. Durch den pöthlichen Abmarsch der Truppen aus dem hiesigen Cantonement sind obige Brote zurückgeblieben.

Königl. Haupt-Feldproviant-Amt  
des 8. Armeecorps.

Hallische Gas-Actien im Betrage von 700  $\mathcal{R}$ . sollen verkauft werden. Näheres bei Herrn Ed. Stückrath in der Erped. d. Ztg.

## Beendigung des gerichtlichen Ausverkaufs

in der

## Drögemüller'schen Concur's-Sache.

Die noch vorhandenen Waaren und Utensilien stehen noch bis Ende dieser Woche grosse Märkerstr. 18 zum Verkauf. Erstere sollen auch in kleineren Partien, resp. pfundweise, zu sehr billigen Preisen abgegeben werden.

Ludwig Deichmann,

def. Verw. der Drögemüller'schen Conc.-Masse.

## Wasserheilanstalt Königsbrunn

unweit Dresden, Station Königstein. Besitzer und Dirigent Dr. Putzar.

## Emser Pastillen,

durch ihre so vorzüglichen Wirkungen — besonders gegen Husten, Verschleimungen u. s. w. — so sehr beliebt, sind stets vorräthig in Halle bei Herren Kersten & Dellmann. Die Pastillen werden nur in etikettirten Schächeln versandt.

Serzogl. Nass. Brunnverwaltung zu Bad Ems.

## Göpel u. Dreschmaschinen mit Patentdreschtrommel, Breiddreschmaschinen

sehr leicht und ohne Körnerbruch arbeitend 1—6 pf.; mit und ohne Schüttelwerk Leistungsfähigkeit bis 120 Schock pro Tag; Drillmaschinen; Düngervertheiler; Pferdehacken verschiedener Construction; Mähmaschinen von Samuelson & Co. in England, neueste und beste Construction, selbstthätig ablegend, frei Halle 250 Thlr.;

Pferdeschleppharken; Walzen; Kettenjauchpumpen; Häckselmaschinen; Pflüge, Wanzlebener Construction, 2 u. 4 Sp.; eiserne Eggen etc. empfiehlt unter Garantie

Alw. Taatz.

## Dampfdreschmaschinen für Raps und Getreide leibet aus und reparirt

Alw. Taatz.

### Gasthofs-Verkauf!

Minen im Dorfe Obhauen bei Duerfurt belegenem Gasthof zum „weißen Roß“, ganz neu erbaut, 3 Stock hoch, verbunden mit Material- und Colonial-Geschäft, mit großem geräumigen Hof und Stallungen, schönem Tanzsaal, Garten und Regelbahn, bin ich Willens mit oder ohne 30 Morgen Land in 6 Mänen, einzeln oder zusammen

Sonabend den 16. Juni 1866

Nachmittags 2 Uhr im genannten Gasthofe selbst öffentlich meistbietend unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen zu verkaufen.

Stoebnig, den 28. Mai 1866.

W. Becker.

Einen Barbier-Geschäften und einen Lehrling sucht  
N. Frubert in Halle a/S.,  
gr. Steinstraße Nr. 61.

### Mineralwässer,

Fürstliche wie natürliche in allen Sorten und fischer Füllung, empfehln  
Helmbold & Co.

### Klee-Verkauf.

4 M. guter Espartett und Dreiblatt auf dem Stiele. Näheres durch Gärtner in Akenhof bei Schafstedt.



350 Stück gelte Schaaf mit der Wolle aus den Jahrgängen 1861 bis 1865 selbst gezogen, stehen zum Verkauf auf dem Rittergut Unterfrankleben bei Merseburg.

100 Stück große starke Hammel stehen zum Verkauf auf dem Rittergute Bösch bei Merseburg.

## Pommade de Glycerine gelatineuse.

Eine der verbreitetsten Krankheiten der Kopfhaut ist die Kleienflechte, welche in einer trockenen Abschuppung der Kopfhaut besteht und dadurch eine Zerstörung des Haarbodens und des Haarwuchses mit sich bringt.

Die gelatineuse Glycerin-Pommade ist consolidirtes Glycerin, und zwar durch solche Stoffe consolidirt, welche während auf den Haarwuchs wirken, und ist daher dieses neue Product als das beste Haarwuchsbeförderungsmittel und Erhaltungsmittel ohnfretig auf's Wärmste zu empfehlen. In Flazen à 6  $\mathcal{R}$ .

Brüderstraße Nr. 16.

Carl Haring.

Gebauer-Schweiffche'sche Buchdruckerei in Halle.

Feldflaschen im Dutzd. u. einzeln empf. C. F. Ritter, gr. Ulrichsstr. 42.

Eine vollständige, sehr gut erhaltene Bergmanns-Beamten-Uniform, bestehend in: Oberrock, Spauletten, Regen, Passiake, Schaffo, Federstuh, Koppel, Leder ic. Letzteres ist nur einmal getragen und Todesfalls halber billig zu verkaufen.

Halle, Merseburger Chaussee 15, 2 Treppen.

## Der weiße Kräuter-Brust-Syrup

von

Dr. med. Hoffmann

ist das nützlichste und beste Hausmittel bei:  
Küsten aller Art, sowie Hals- und Brustfieber.

Zu haben in Flaschen à 1 Thlr., 15 Ngr. und 7 1/2 Ngr. bei Herrn  
Gustav Moritz in Halle a/S.,  
vis à vis der Post.

Schöner Mecklenburger Saamen-Dotter lagert zum Verkauf bei  
Rud. Nummel jr. & Co. in Halle gr. Berlin 10 u. J. G. Stichel in Leipzig.

## Sommer-Theater in der Weintraube.

Donnerstag den 7. Juni: Die Grille, ländliches Charakterbild in 5 Akten von Charl. Birch-Pfeiffer. Fräul. Haas vom Hoftheater in München — alte Fabel — als Gastrolle. Bei ungünstiger Witterung findet die Vorstellung im Stadttheater statt.

## Hallischer Schach-Club.

Donnerstag den 7. d. Mts. Feier des Stiftungsfestes.  
Der Vorstand.

## Familien-Nachrichten.

### Todes-Anzeige.

Heute Nachmittag 4 Uhr entschlief nach langen schweren Leiden unser innigst geliebter, theurer Sohn Herrmann Niennick, in einem Alter von 24 Jahren 3 Monaten. Diese Anzeige widmen allen Freunden und Bekannten und bitten um silles Beileid die tiefbetrübten Eltern.

### Todes-Anzeige.

Gestern Abend 8 Uhr starb nach kurzem Krankenlager unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Groß- und Urgroßmutter, die verwitwete Gutsbesitzerin Susanna Sophie Wehle geb. Dittmann, in ihrem 75. Lebensjahre.

Theilnehmenden Freunden und Bekannten theile ich dies hierdurch ergebenst mit und bitte um sille Theilnahme.

Halle, d. 6. Juni 1866.

Im Namen der Familie:  
G. Tag.

### Todes-Anzeige.

Gestern den 4. Juni Vormittags 10 1/2 Uhr starb nach mehrwöchentlichem Leiden unser guter Vater und Vater, der Kaufmann Robert Kamprecht im 44sten Lebensjahre.

Diese traurige Nachricht unseren Freunden und Bekannten mit der Bitte um silles Beileid. Lauchstädt, am 5. Juni 1866.

Die Hinterbliebenen.

### Todes-Anzeige.

Am 5. Juni rief Gott unser liebes, freundliches Clärchen, im Alter von 29 Wochen, wieder zu sich.

Stumsdorf, d. 6. Juni 1866.

F. Wittig und Frau.

Hierdurch sagen wir allen Freunden und Bekannten, welche unserm verstorbenen Gatten und Vater, dem Gutsbesitzer Friedrich Kraemer, so viel Theilnahme bewiesen haben, unsern herzlichsten Dank.

Brehna, den 5. Juni 1866.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bei unserer schleunigen Abreise nach Braunschweig sagen wir allen unseren Freunden und Bekannten auf diesem Wege ein herzliches Lebewohl.

Erckel nebst Frau  
in Schwittersdorf.

Telegraphische Depeschen.

Kassel, d. 5. Juni. Wie die „Hessische Morgenzeitung“ erfährt, sind die angemeldeten Strazüge, welche österreichische Truppen nach Hamburg befordern sollten, wieder abbestellt worden.

Altona, d. 5. Juni. Straßenplatze fordern zu einer heute Abend stattfindenden politischen Versammlung auf, beabsichtigt Besprechung der Landeslage gegenüber den Vorgängen am Bunde, nachdem die Landesregierung hierzu die Genehmigung erteilte. Als Unterzeichner figurieren die angesehensten Bürger Altonas, darunter Vicepräsident der hollsteinischen Stände, Kfm. Reinke.

Dresden, d. 5. Juni. Die Abgeordnetenkammer verhandelte heute über die Vorlage der Regierung bezüglich der Kreditforderung für Militärzwecke. Der Ausschussbericht sprach seine Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage in Bezug auf die Rüstungen, zugleich aber auch die Ueberzeugung aus, dass die zu erteilende Ermächtigung nur dazu dienen solle, fern von jeder einseitigen Parteinahme die Interessen Sachsens und des gesammten deutschen Vaterlandes zu wahren. In politischer Beziehung beantragte der Ausschuss: Die Regierung möge mit aller Energie auf die baldigste Anordnung von Wahlen zum deutschen Parlamente, womöglich nach dem Reichswahlgesetze von 1849, auf Grund allgemeiner und direkter Wahl hinwirken. Die Regierung erklärte ihr Einverständnis mit diesem Antrage, den die Kammer ebenfalls annahm. In finanzieller Beziehung beantragte der Ausschuss den geforderten Militärkredit von mehr als 4 1/2 Millionen Thalern unverzüglich zu bewilligen und auch zu den bereits gemachten unabwieslichen notwendigen Ausgaben die nachträgliche Genehmigung zu erteilen. Die Kammer trat diesem Antrage einstimmig bei, indem sie hierdurch zugleich die Leipziger Petition Biederma's, Joseph's und Genossen für erledigt erklärte.

Leipzig, d. 5. Juni. Die von Dr. Heine und Geheimrath Wächter ausgelegte Gegenpetition, welche ein Vertrauensvotum für die Regierung aussprechen sollte, geht heute mit 1200 Unterschriften an die Abgeordnetenkammer nach Dresden ab.

Stuttgart, d. 5. Juni. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde der Antrag Bödingers, nach welchem die Zustimmung der Kammer zu den Vorlagen der Regierung von der sofortigen Einberufung eines Parlaments abhängig gemacht werden sollte, mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt; dagegen nahm die Kammer den Antrag der Kommission, auf eine Berathung der Regierungsvorlagen bedingungslos einzugehen, mit 82 gegen 8 Stimmen an.

Hamburg, d. 5. Juni. Die „Hamburger Nachrichten“ melden aus Kopenhagen, dass die Großfürstin Alexandra und Wladimir Alexandrowitsch schon am 9. d. Mts. aus Petersburg zum Besuche am dortigen Hofe eintreffen werden.

Paris, d. 4. Juni. Der Herzog von Grammont, der diesseitige Botschafter in Wien, reist heute Abend dahin zurück. Derselbe nimmt, der „Patrie“ zufolge, eine besondere, auf das österreichische Antwortschreiben betreffs der Pariser Conferenzen bezügliche Instruction mit.

Paris, d. 5. Juni. Während Frankreich und England ihr Bedauern, dass Oesterreichs Vorbehalte die Friedensausichten zu vereiteln drohen, in Wien ausgedrückt haben, ist in Florenz und Berlin für das bereitwillige Eingehen der beiden Regierungen auf die Conferenzen die Anerkennung der Bestimmtheit ausgesprochen worden.

Paris, d. 5. Juni. Der heutige „Constitutionnel“ sagt: Wir kennen bereits den Eindruck, welchen die österreichische Antwort in Petersburg und London gemacht hat. Man hat sich alsbald gefragt, wozu die Conferenzen dienen sollen, wenn Oesterreich auf seinen gegenwärtigen Entschlüssen beharrt. Zwei Fragen sollen von dem Programm verschwinden: die wegen der Erbprinzogtümer, welche Oesterreich dem Bundestage unterbreitet wissen will, und die wegen Benezens, mit der man sich auf den Conferenzen gar nicht beschäftigen soll. Es bliebe so nur die Frage über die Bundesreform zu diskutieren, die nur eine eventuelle ist, und wegen deren allein die europäischen Mächte nicht zusammentreten könnten. Der „Constitutionnel“ bedauert lebhaft die von Oesterreich eingenommene Haltung und sagt schließlich: Ohne Zweifel fasst jede Macht ihre Pflichten und Interessen nach ihrer Art auf; es scheint uns indessen, dass Europa von Seiten einer conservativen Grossmacht andere Entschlüsse zu erwarten das Recht hat.

Paris, d. 5. Juni. Der englische Gesandte, Lord Cowley, hat im Namen seiner Regierung im französisch-österreichischen Ministerium des Aeußern die Erklärung abgegeben, dass, da die Conferenzen jetzt ohne Gegenstand der Verhandlung sei, keine Nothwendigkeit mehr vorliege, zu Beratungen zusammenzutreten. — In der getriggen Conferenzen wegen der Donaufürstenthümer hat Savfet Pascha noch einmal den Antrag gestellt, es möge der Hofe die Erlaubnis erteilt werden, von ihrem Rechte bewaffneter Intervention in Rumänien Gebrauch zu machen. Der russische Gesandte, Baron Bubberg, widersetzte sich diesem Antrage mit der Bemerkung, dass in diesem Falle auch Russland die bewaffnete Intervention seinerseits verlangen werde. Die Sitzung schloß damit, daß sich die Conferenzen für Erhaltung des Status quo erklärte.

London, d. 5. Juni. Aus sicherer Quelle verlautet, die drei neutralen Großmächte hätten in übereinstimmender Weise in Wien erklärt, daß, nachdem Oesterreich durch seine Reserven in Beziehung auf Italien und durch den gegen Preußen gerichteten Schritt in Frankfurt wegen Schleswig-Holsteins, der Conferenzen den Boden entzogen, diese als gescheitert zu betrachten sei.

Haag, d. 5. Juni. Der Colonialminister Myer theilte in der Ersten Kammer das Programm des Cabinets mit, wie es sich mit dem Eintritt des (conservativen) Grafen van Zuylen gestaltet habe, und bezeichnete dasselbe als ein der Lage Europas angemessenes. Die Colonialfrage fordere vor Allem ihre Lösung. Die Regierung werde Mittel suchen, um die Bedenken gegen den Volkunterricht auszugleichen. Die Kammer behält sich die Diskussion vor.

New-York, d. 26. Mai. Der Prozeß gegen Jefferson Davis ist, wie man sagt, verschoben. Der englische Gesandte, Bruce, hat Hrn. Seward für die gegen die Feiner ergriffenen Maßregeln offiziell gedankt.

Frankreich.

Paris, d. 4. Juni. Die österreichische Antwort hat also die Fassung behalten, welche man sowohl in den Zeitungen wie in London schon seit einigen Tagen kannte. Nur glaubte man bis zum letzten Augenblicke an eine Nachgiebigkeit von Seiten des Wiener Cabinets, dem man im voraus angezeigt, daß eine Antwort, wie die jetzt erfolgte ist, nur als eine Ablehnung des Kongresses aufgefaßt werden könnte. Diese Voraussetzung ist nicht erfüllt worden, und der Kaiser giebt sich jetzt keine Mühe, seinen Groll zu verhehlen, und es ist anzunehmen, daß dieser Groll vollkommen echt ist. Nach allen von Wien und von der hiesigen österreichischen Gesandtschaft kommenden Anzeichen dürfte man bestimmt voraussetzen, daß Oesterreich die Konferenz in dem von den neutralen Mächten bezeichneten Charakter ohne Vorbehalte annehmen und demgemäß die Diskussion ohne Territorialänderungen wenigstens im Prinzip zulassen würde. Daraufhin wurde die Konferenz erst mit so vielem officiösem Pomp eingeleitet. Die Entzündung wird daher wirklich sehr unangenehm empfunden. Der Kaiser erfuhr gestern direkt vom Fürsten Metternich den Inhalt der Antwortdepeche. Es heißt, er habe darauf nach Wien telegraphirt und kurz die Frage gestellt, ob man einen Bevollmächtigten nach Paris senden wolle oder nicht. Die Antwort habe nicht auf sich warten lassen und bejahend gelautet, aber mit einer Reserve. Die neueste Wendung hat bereits die Folge gehabt, daß die Kriegspartei in den Zeitungen dem Kaiser wieder näher getreten ist und sich sehr zuversichtlich zeigt. Wird die Stimme des gelegenden Körpers diese Einflüsse aufzuwiegen im Stande sein? Der Dumiral'sche Budgetbericht zeigt abermals, wie sehr auch die Majorität dem Frieden zugethan ist und wie fest sie auf die Erhaltung desselben rechnet, wenigstens so weit Frankreich dabei in Betracht kommt. Der „Temps“ erhebt ebenfalls seine Stimme, um die liberale Partei aufzufordern, mit allen Kräften die Neutralität Frankreichs zu erstreben. Mit Italien besteht in diesem Augenblicke ein lebhafter diplomatischer Verkehr. Es heißt sogar, ein Adjutant des Kaisers sei in besonderer Sendung nach Florenz abgereist. Nigra hat heute Drouyn de Lhuys die italienische Antwort mitgetheilt, welche die Konferenz ohne alle Bedingungen annimmt.

Aus den telegraphischen Bitterungsberichten. Am 5. Juni.

Beobachtungszeit. Stunde	Ort	Barometer. Par. Lin.	Temperatur. Réaumur.	Wind	Allgem. Stimmungsaussicht
8 Mrgs.	Saparanda (in Schweden)	340,1	9,2	N., schwach.	fast bedekt.
	Petersburg	340,4	12,0	S.	bedekt.
7	Königsberg	339,4	15,0	O., f. schwach.	better.
6	Berlin	336,0	15,0	O., schwach.	better.
	Torgau	334,4	14,4	S., mäßig.	better.

Wiehmärkte.

Berlin, d. 4. Juni. Heute wurden an Schlahtochel auf hiesigem Wiehmärkte zum Verkauf aufgetrieben: An Rindvieh 2292 Stück. Die heutigen starken Zutritte gehören zu den außergewöhnlichen Seltenheiten; obgleich bedeutend feste Posten nach dem Auslande verkauft wurden, konnten selbst für die übrigen Bestände nicht einmal mittelmäßige Preise erzielt werden; beste Waare wurde mit 15-16 Thlr., mittel 12-14 Thlr., ordinäre 7-9 Thlr. pro 100 Pfd. Fleischgewicht verkauft, demnach bilden eine bedeutende Anzahl am Marke unverkauft. An Schmeinen 2553 Stück, von welche Zufuhren bei jetziger heißen Jahreszeit im Verhältnis zum Consumo viel zu stark waren; selbst beste feine Kernwaare konnte zum Preise von 15 Thlr. pro 100 Pfd. Fleischgewicht nicht aufgeräumt werden. An Schafvieh 6438 Stück. Nur schwere und feite Hammel wurden vorzugsweise gesucht und ansehnliche Privatgeschäfte damit ausgeführt. Mittelmäßige konnte selbst zu gedrückteten Preisen nicht aufgeräumt werden. An Kälbern 795 Stück, wofür die Durchschnittspreise sich bedeutend niedriger gehalten als seit längerer Zeit.

Hamburg, d. 4. Juni. Die Zutritte am heutigen Ochsenmarkt war sehr reichlich, nämlich 2000 Stück. Dies drückte die Preise und war nur 40 bis 45 M. Gr. pro 100 Pfd. für beste fette Waare zu bedingen. Mittel und flauere Waare von 40 bis zu 25 M. herunter. 290 Stück blieben unverkauft. Zum Export für England sind etwa 1000 Stück gekauft. — Nur für recht gute Sammel behaupteten die Preise sich, sonst ging es flauer. Am Marke waren 4300 Stück, wovon etwa 600 Stück unverkauft blieben. Zum Export für England sind reichlich 3000 Stück gekauft.

Marktberichte.

Magdeburg, den 5. Juni. Weizen 65 1/2 - 64 # pr. Scheffel 84 Th. Roggen - #. Gerste 40 # pr. Scheffel 70 Th. Hafer 30 - 27 # pr. Scheffel 50 Th. — Kartoffelspiritus, 8000% Falles, loco ohne Faß 12 1/2 #. — Nordhausen, den 5. Juni. Weizen 2 # - 2 1/2 # bis 2 # 1/2 #. Roggen 1 # 20 # bis 1 # 27 1/2 #. Gerste 1 # 15 # bis 1 # 21 #. Hafer 1 # 2 1/2 # bis 1 # 7 1/2 #. Rübel pro Centner 17 #. — Berlin, den 5. Juni. Weizen loco 40 - 68 # nach Quantität, Lieferung pro Juni, Juni/Juli u. Juli/Aug. 59 # nom., pr. Sept./Oct. 59 1/2 # Br., 59 #. — Roggen loco 79 - 81 Pfd. 41 1/2 # ab Boden bez., 81 - 82 Pfd. 42 # ab Kahn u. 42 1/2 # ab Bahn bez., abgelauene Anmeldungen 40 1/2 # bez., Juni u. Juni/Juli 41 1/2 - 40 1/2 - 41 # bez. u. Br., 40 1/2 #, Juli/Aug. 42 1/2 - 41 1/2 #, 42 # bez. u. Br., 1/2 #, Aug./Sept. 42 1/2 - 41 1/2 # bez., Sept./Oct. u. Oct./Nov. 43 - 42 # bez. u. G., 1/2 #. — Gerste, große und kleine 31 - 40 # pr. 1700 Pfd. — Hafer loco 24 - 30 #, Juni u. Juni/Juli 28 1/2 - 29 #, 28 1/2 # bez. u. G., Juli/Aug. 28 1/2 - 29 #, Sept./Oct. 27 # bez., Oct./Nov. 26 1/2 # bez. —



**Telegraphische Depeschen.**

**Samburg,** d. 5. Juni. (Berl. Börsen-Ztg.) Der Notar Dr. Schramm protestirt heute Namens des preussischen Gesandten bei der Norddeutschen Bank gegen jede Auslösung von Geldern an die holländische Landesregierung ohne die Zustimmung Preussens. Die Bankdirektion verwies den Protest auf den Weg Rechtsens.

**Bukarest,** d. 4. Juni. Nach zuverlässigen Nachrichten aus Braila hat dasselbst eine sehr bedeutende Meuterei der Gensjer stattgefunden. Dieselben widersetzten sich mit Gewalt dem Befehle, zur Armee in Bukarest zu ziehen, verjagten ihre Offiziere und verlangten in ihre Heimath zurückzukehren. Die Regierung machte zwar den Versuch, den Auffstand durch reguläre Truppen zu unterdrücken, mußte aber, da die Bevölkerung für die Meuterer Partei nahm, denselben nachgeben.

**Italien.**

Dem „Pays“ wird aus Florenz, d. 1. Juni, geschrieben: Die neuesten Nachrichten lauten ernst. Ich glaube nicht, daß die Feindseligkeiten lange auf sich warten lassen. Die Temperatur steigt bei Mantua und im ganzen Po-Thale, und man fürchtet das Eintreten des Fiebers. Der König war bis jetzt feinst, ungeduldig und ungelassen; plötzlich ist er heiter geworden. Für Dienstag hat er seine Equipagen bestellt, angeblich für Turin; wahrscheinlich wird er aber in Piacenza bleiben, und nach seiner Durchreise wird er die Reiseenden über Genua und Spezia befördern, um derart die Eisenbahn zu coupiren. Die hospitalienische Linie ist theilweise militärisch besetzt, und ihre Einschichte dienen auf mehreren Punkten als Fortification. Zwischen Parma und Piacenza ist die Linie von Kanonen besetzt. Der Oberst Duchi, der vor einigen Tagen nach Capua abgereist ist, und der mit der Regulierung aller zwischen der Regierung und Garibaldi abzumachenden Fragen betraut war, ist jetzt damit beauftragt, die Armee und den König bei den Freicorps zu vertreten. Letztere marschiren vorzüglich; bei ihrem Ausrücken aus Como erregten sie Erschauern, und wenn man noch einige Tage abwarten kann, ehe man ins Feld geht, wird man die Regimenter, die im Lager von St. Maurice, wo man ein beträchtliches Armeecorps zusammenzieht, gebildet werden, nachsehen. Garibaldi wird gegen den 5. Juni auf der Halbinsel eintreffen. In der Zwischenzeit formirt man eine zum Einschiffen bestimmte fünfte Armee. Zur Erhaltung des kriegerischen Enthusiasmus der Armee läßt der Kriegsminister ein kleines Blatt: „Die kleine Soldaten-Zeitung“, unentgeltlich unter die im Felde stehenden Soldaten vertheilen.

**Großbritannien und Irland.**

Der Telegraph meldete vor einigen Tagen die Ankunft eines englischen Kriegsschiffes vor Helgoland. Als Zweck der Absehung desselben kann die „Elb-Ztg.“ angeben: Execution gegen die Hololänder. Der Gouverneur steht mit den Insulanern auf so schlechtem Fuß, daß man auf der Insel sich entschlossen hatte, die eigenmächtig vom Gouverneur ausgeführten Steuern nicht zu bezahlen, sondern allgemein Steuerverweigerung eintreten zu lassen. Der Gouverneur hatte hinfür einen sehr schlimmen Stand und er ersuchte die Regierung um Hüfe, die ihm geworden. Ob er bei den äßen Insularkreisen so bald seinen Willen durchsetzt, wäre zu bezweifeln. Einer Menge von Insulanern ist gleich nach Ankunft des Schiffes der Pöbel gemacht; die Gefängnisse wurden nicht leer; aber mit der größten Gelassenheit läßt Vornehm und Gering sich einsperren und sitzt seine Zeit (die im einzelnen Fall auf 12 Tage stieg) geduldig ab. Damit geht's also nicht; und der Gouverneur hat deshalb eine andere Maßregelung, Einquartierung, angedroht; doch ist ihm sofort von den Hausbesitzern erwidert, ihre Wohnungen ständen zur Verfügung, die Steuer aber werde nicht bezahlt werden. Mittlerweile haben die Insulaner eine Beschwerdeschrift nach London gefandt, deren Erfolg man ungeduldig erwartet.

**Donau-Fürstenthümer.**

**Bukarest,** d. 28. Mai. Aus Paris ist die telegraphische Nachricht eingetroffen, daß die Pforte bei der Konferenz gegen die Bestimmung der Donaufürstenthümer durch den Prinzen Carl von Hohenzollern protestirt habe. Sämmtliche Großmächte haben der Pforte zugestimmt, daß diese Bestimmung nicht legal sei und haben ihre Vertreter angewiesen, keinen Schritt zu thun, welcher den Fürsten Carl anerkennt, sondern mit der rumänischen Verwaltung nur officös zu verkehren. Das ist allerdings eine Satisfaction, welche man nach den letzten Konferenzbeschlüssen der Pforte nicht wohl verweigern konnte. Aber das ist, wie es scheint, zugleich auch Alles was man derselben zugestanden hat, denn sämmtliche Mächte, selbst Rußland und Oesterreich, haben sich gleichzeitig mit aller Entschiedenheit gegen eine bemächtigtere Intervention durch türkische Truppen ausgesprochen. Das Resultat ist also, daß Carl I. auf dem Throne verbleibt, auf welchen ihn das Plebiszit berufen hat. Ob die Konsum vorläufig noch eine Zeit lang nur officös mit ihm verkehren, weil die Mächte sich verpflichtet fühlen, aus Rücksicht für die Pforte und ihre eigenen unbrüderlich geliebten Konferenzbeschlüsse ein Weichen zu schmelzen, kann dem Fürsten im Grunde ziemlich gleichgültig sein, besonders da er die Gewißheit hat, daß die Mächte in ihrem eigenen Interesse diesen Zustand nicht allzu lange werden dauern lassen. Auch läßt sich in der That nicht absehen, was die Mächte an dem neuen Fürsten auszufehen haben und besonders was sie Besseres an der Stelle seiner Regierung haben könnten. Durch seine Wahl und Bestimmung ist die Ruhe und der Friede im Innern des Landes gesichert, die Ordnung wird aufrecht erhalten, der Fortschritt der Kultur ist angebahnt und die Traktate und

Verträge hat der Fürst zu respektiren versprochen. Schon jetzt, d. h. nach wenig Tagen, beginnt wieder Leben in den Handel zu kommen, welcher bei den bisherigen unsichern und ungewissen Zuständen vollständig darnieder lag, und die Bewohner der Hauptstadt beginnen sich wieder wohl zu fühlen und sich ihres Lebens zu freuen, weil sie nicht mehr zu fürchten brauchen, daß in der nächsten Stunde irgend ein Kravall zu Gunsten irgend eines beliebigen Thronprätendenten losbrechen oder die gefürchteten Türken erscheinen könnten. Der junge Fürst benimmt sich mit einer Mäßigung und einem Takt, der selbst von seinen Gegnern anerkannt wird. Er faßt seine Aufgabe mit Ernst auf und sucht sie mit Geschicklichkeit und Einsicht durchzuführen. Er ist thätig und pünktlich und verlangt von seinen Beamten und Offizieren gleichfalls Thätigkeit und Pünktlichkeit, obgleich sie gerade daran bis jetzt durchaus nicht gewöhnt waren. Er weist einem jeden Beamten seinen Platz an und duldet keine Uebergrieffe, sondern hält auf Ordnung, obgleich er dabei gegen Jedermann freundlich und leutselig ist. Alle diese Eigenschaften haben auf die Rumänen einen so großen und vortheilhaften Eindruck gemacht, daß sie ihren neuen Fürsten nicht wieder ziehen lassen, sondern ihn selbst mit Gewalt zurückhalten würden, wenn derselbe, durch äußere Einflüsse bewogen, wieder nach Preußen zurückzukehren wollte.

**Bemischtes.**

Das Generalpostamt spricht mit Rücksicht auf die eingetretene warme Witterung das Erlauchen aus, daß bei Privat-Päckereien an Militärs und Militär-Beamte nicht solche Gegenstände in die Packete gelegt werden, welche einem Flüssigwerden oder einer schnellen Fäulnis ausgelegt sind. Es ist unzulässig, Butter in jeglicher Zeit durch die Post zu versenden. Im Allgemeinen wird auf die Nothwendigkeit aufmerksam gemacht, daß bei Briefen, Geldbriefen und Privat-Päckereien an die bei den mobilen Truppen befindlichen Militärs und Militär-Beamten auf dem Briefe oder Begleitbriefe genau zu ersehen sei: zu welchem Armeecorps, welcher Division, welchem Regimente, welchem Bataillon, welcher Compagnie (oder sonstigem Truppentheile) der Adressat gehört, welchen Grad und Charakter oder welches Amt bei der Militär-Verwaltung derselbe hat. Wenn der Empfänger zu den Truppen einer Festungsbesatzung gehört oder bei einem Geschwadertheile steht, überhaupt ein festes Quartier hat, so wird auf dem Briefe oder Begleitbriefe von dem Absender der Bestimmungsort angegeben werden können. Gehört der Empfänger hingegen zu den Truppen, welche in Folge von Marschbewegungen den Standort wechseln, so unterbleibt die Angabe eines Bestimmungsortes, wonächst die Sendungen nach dem betreffenden Truppentheile geleitet werden, bei welchem der Adressat laut Aufschrift auf dem Briefe sich befindet. Briefe und Geldbriefe bis 50 Thlr. sind im Feldpost-Befehle von Preussischem Porto frei; dergleichen Sendungen an Militärs und Militär-Beamte bedürfen der Bezeichnung „Feldpostbrief.“ Privat-Päckereien müssen frankirt werden und dürfen nicht mit einer Werthangabe versehen sein. Es wird darum ersucht, daß die Absender von Briefen, Geldbriefen und Privat-Päckereien an Militärs und Militär-Beamte sich auf der Siegelstelle des Briefes oder Begleitbriefes nach Namen und Wohnort nennen.

Aus Rom wird ein betrübendes Ereignis gemeldet, welches sich am 29. April Morgens dort zugetragen hat. Während einer Auction von Mobilien und anderen Gegenständen, die sich in der Wohnung des verstorbenen Marquis Paolucci in dem vierten Stock befanden, brach dort der Fußboden zusammen und es stürzten mehr denn fünfzig Personen mit herunter. Auch die Fußböden der drei darunter liegenden Etagen brachen unter der Last der darauf fallenden Menschen und Mobilien. In einer der Etagen befand sich das Gemälde und Kupferlich-Magazin des Hrn. Garafoli. Man hatte unter den Trümmern fünf Leichen hervorgezogen. 27 Leute sind mehr oder weniger gefährlich verwundet worden, fast alle Uebrigen haben sich Quetschungen beim Fallen zugezogen.

Die vulkanische Thätigkeit in den Gewässern der Insel Santorin dauert nicht bloß ununterbrochen fort, sondern die Ausbrüche der beiden vulkanischen Erhebungen, der Insel Aphroessa und des Berges Giorg, sind nicht selten von größerer Intensität als die vorausgegangenen. Es donnert und bläht in Schoofe des Meeres unaufhörlich; glühender Rauch und heiße Dämpfe emsigen dem vulkanischen Boden, glühende Steine von mächtiger Größe werden weithin aus dem Krater geschleudert und ein dichter Nebenegen verdunkelt die Atmosphäre. Sehr häufig erzittert der Boden der Insel Santorin selbst, was bisher nicht beobachtet wurde. Die Insel Aphroessa vergrößert sich fortwährend.

**Kunst- und wissenschaftliche Notizen.**

An den drei Anhaltstagen fand in Düsseldorf das diesjährige Niederberntische Musikfest statt. Die dabei im Chor wirkenden Säger belaufen sich auf 500 Personen; im Orchester wirkten 50 Violinen, 20 Violen, 20 Violoncellen, 15 Contrabässe, 5 Fäden, 6 Hörner, 2 Fasen. Die Direction der Hauptaufführungen war Otto Goldschmidt übertragen. Die Solt in Handel's Oratorium „Meffias“ sangen Frau Goldschmidt-End, Fr. v. Gelesberg, Fr. Julie Reichenberger, Herr Günz, Herr Stodhausen. Am zweiten Abend wurde eine neue Ouverture von F. Lauch aufgeführt; ferner F. Hiller's „Hingeln“, ein Concert von R. Schumann, der zweite Act von Wagner's „Rienzi“. Den Schluß bildete Mendelssohn's „Mahl zu Macine's Katakomben“. Der dritte Tag brachte die „Sinfonia eroica“ von Beethoven, den zweiten Theil von Schumann's „Paradies und Vert“, die große Sinfoniere von Liszt, einen Doppelchor von Bach, ein Violoncellconcert von Zwob, ein Violoncellconcert von Molique und fünf Solofantasien. Offenbach arbeitet an nicht weniger als vier Opern, und zwar: „Robinson Crusoe“, tomische Oper in 3 Acten, Zeit von Gormon und Griseluz; „Lo Jhazy“, in 2 Acten von Ritter und Decea für Gnu; „La vie parisienne“ in 4 Acten von Weill und Halcy für das Palais-Royaltheater; endlich eine noch unbetitelt in 3 Acten für die Varietés. — Am 27. Mai wurde in

Ettgart eine neue Oper „Kroger“, v. Albert, mit großem Erfolg aufgeführt. Der Componist ist in Anerkennung des Gelingen Tages darauf zum K. Musikdirector ernannt worden. — Friedrich Spielhagen, der mit seinem ersten Romane „Arbeitsmäßige Naturen“ wohl Glück beim Lesepublikum hatte, veranstaltet gegenwärtig eine neue Ausgabe seiner Werke, welche in zwölf Bänden erscheinen soll. — Ein hervorragendes Werk deutschen Gelehrtenleibes „Sander's Wörterbuch der deutschen Sprache“, dessen erste Vierterung vor sieben Jahren erschien, liegt jetzt in 2803 Bänden, ohne daß diese sich mit bisher an das Ausland wenden müßten. Die Herausgeber der Gesellschaft erhielten als Äquivalent kartographische und andere Druckarbeiten im Werte ihres Jahresbeitrags. — Die deutsche Götterfestigung in Weimar hat zur nächsten im Jahre 1868 erfolgenden Preisvertheilung wiederum eine Prämie von 1000 Thlrn. für ein Sculpturwerk und zwar für „ein Relief über dem Eingange eines Kunstmuseums“ ausgesetzt. Die Bildfläche des Reliefs soll einen halben Fuß einnehmen, dessen Durchmesser (Basis) zehn Fuß lang sein soll und es sollen nur Gypsabgüsse vollständig ausgeführter Modelle zugelassen werden. Der Gegenstand ist der Wahl des Künstlers überlassen. Die Concurrenzarbeiten sind bis zum 31. Juli 1868 an den Vorstand des gefächelten Vereins der deutschen Götterfestigung in Weimar einzuliefern. (Den Preis des Jahres 1865 für die beste Originalarbeit der Göttermalerei erlangte bekanntlich Herrmann Weissenus in Weimar mit seinem Bilde: „Die Bedrängniß der Menschen durch das Element.“)

### Zur Wahlfrage. (Eingeliefert.)

Welches eigentlich sind die Differenzen, um die die liberalen Wahlcomités der Stadt streiten? So haben wir Viele fragen hören, ohne daß Jemand eine runde Antwort gefunden hätte, trotz aller stillschweigenden Anstrengungen der bereiten und Federgewandten Wortführer auf beiden Seiten.

Wir sind es allerdings so gewohnt geworden, daß Fortschrittsmänner und Ultraliberale gegen einander angehen. Wenn man sich indes erinnert, daß dieser Gegensatz nur auf dem Boden der inneren Politik entstanden ist, daß der Kampf gegen die Reaction die beiden früher feindlichen Kammerfraktionen zuletzt zu ehrlichen Kampfgenossen gemacht hat, so wird man sich sagen müssen, daß der heutige Streit um des Kaiser's Wort geführt wird und kein wahres, volles, thatkräftiges Leben mehr zeigen kann; — ganz einfach darum, weil die Situation im Innern die alte, beide Fraktionen einigende ist und die Fragen der äußeren Politik durchaus vorherrschend. Nicht also, wie einst, stehen sich Programme verschiedener parlamentarischer Fraktionen gegenüber, sondern Localcomités, welche die alten, bewährten Parteilisten, obwohl die alte Concurrenz für jetzt ruht, für ihre Zwecke gebrauchen.

Es wird vergebliche Anstrengung bleiben, wirkliche, ernsthafte Gegensätze zu fixiren; es wird bei dem unerquicklichen Schauspiel bewenden, das schon bei den letzten Wahlen aufgeführt wurde; beide Parteien werden wesentlich dasselbe sagen, über die Accnte streiten, welche sie auf die gleichen Worte legen, nach Differenzen suchen, um sie gegen einander auszubehaupten, und, weil klare Streitpunkte fehlen, die Mittel der Rhetorik gegen einander spielen lassen. Oder ist es nicht befremdlich, daß sich die National-Liberalen mit so unnützlich vornehmem Redeschwung gegen die Erklärung der Fortschrittspartei wenden, sie sei Gegnerin des Krieges? Die National-Liberalen wissen recht gut, daß auf diesen Punkt nichts ankommt; denn Niemand wird sich an den Spruch der Fortschrittspartei kehren, der Krieg wird kommen oder ausbleiben, gleichviel ob diese darüber entzweit ist oder die Bewunderer des Ministerspräsidenten ihn billigen. Ferner: die Fortschrittspartei will Mommsen wählen, obwohl sie wissen kann, daß er ihre Abneigung gegen den Krieg keineswegs theilt; die National-Liberalen wollen ihn nicht wählen, obwohl sie daselbe wissen müssen, also guten Grund hätten, sich ihm zuzuwenden.

Das sind nur ein paar Punkte, aber schon an ihnen zeigt sich, daß die Feindseligkeiten anderwo ihren Grund haben müssen als in den Sachen. Denn in den Hauptfragen sind sie ja einig, das Steuerbemühtungsrecht wollen beide Theile wahren, beide Theile sehen auch in dem Nationalparlament die einzige und wahre Rettung aus den Missständen des großen Vaterlandes. Wir müssen also tie Ursachen des Zwiespalt's anderwo suchen. Sollte nicht vielleicht — die Zeiten sind zu erst, um die Wahrheit zu verhüllen — die eigentliche Wurzel der localen Egoistenhaft: alt-aufgehammerter böser Stoff sein, persönliche Verbitterung, alte Antipathien, alte Präventionen, und schließlich — ganz offen gesprochen — die von beiden Seiten argernommene Unmöglichkeit zwei Localcandidaten zur Basis der Verständigung zu machen? Gesehen wir es nur: die so oft gebrauchte Parteilastigkeit ist im Laufe der Zeit rostig geworden, sie faßt nicht mehr an, giebt höchstens Mißgüte, wenn sie wieder in Gang gebracht werden soll.

Es ist nicht zweifelhaft, daß die drohenden Ereignisse bei ihrem Eintritt allen alten Parteien nur die Wahl lassen werden, zu einer Regeneration zu streifen oder hinter den Forderungen einer ganz neuen Perspektiven eröffnenen Zeit zurückzubleiben. Welche Aufgaben dem politischen Leben in nächster Zeit gestellt werden möchten, darüber werden die verehrten Wahl-Comités sich in gleichem Dunkel bekennen müssen, wie wir Alle. Für jetzt ist nur das Eine klar, daß der erste Schritt zu einer solchen inneren Reform eine Einigung der liberalen Parteien gegenüber den inneren und äußeren Feinden sein muß. Der von beiden Seiten so oft betonte Patriotismus würde jetzt keine erste Probe bestehen, wenn die Leiter der ernstlichen Versuch machten, jene nicht bestimmt zu präcificirten Differenzpunkte bei Seite zu lassen und sich zu gemeinsamer Action, ohne Rücksicht auf die verjährten Antecedenzen, zu verbinden.

Hierzu fordert auch eine weitere Erwägung auf. Man darf am wenigsten jetzt die Wahlfrage als eine locale behandeln; der Kreis ist

sein Wahlrecht antheilhaft für den Staat. Die Ergebnisse des Wahlaetes sind unerschütterbar, und es kann vielfach zweifelhaft sein, ob selbst Männer ersten Ranges wieder in die Reihen der Abgeordneten berufen werden. Die erste Sorge derer, die die Wahlen vorbereiten, muß es sein, Männern, die zum Schutze des Landes dort nicht fehlen dürfen, einen Sitz zu sichern.

Es sind auf beiden Seiten zwei Namen genannt: Grabow, dessen Wahl in Prenzlau zweifelhaft sein soll, und Georg v. Binde, der — man mag ihn beurtheilen wie man will — zur Zeit großer Katastrophen unter den Volksvertretern nie fehlen sollte. Warum will man sich nicht zu einem Programm vereinigen, das beide Namen oder ein paar ähnliche von gleichem Gewicht neben einander stellt? Es würde deutlicher verstanden werden als alle bisher veröffentlichten.

„Einigung der liberalen Partei unter Zurückstellung von unerheblichen Streit- und gleichgültigen Personenfragen, Wahl von Männern, denen nicht erst ein Wahlprogramm mühsam zu formuliren ist, die ohne solches das Recht des Landes zu wahren und dem Nothrechte, das ein Krieg über uns verhängen könnte, nach Möglichkeit Schwanken zu sehen wissen, von Männern, deren Vergangenheit bessere Bürgschaft für die Zukunft giebt, als das Bekenntnis zu einer Formulirung, unter der man die augenblickliche Rathlosigkeit mehr oder minder glänzend verschleiern mag!“

Wie die Verfasser dieser Zeilen, die früher zu den alten Parteien (der ultraliberalen und Fortschrittspartei) gehalten und sich auf Grund der ausgesprochenen Anschauungen ganz von selbst zusammengefunden haben, so hoffen wir, wird es Manche geben, welche nicht ferner Lust haben, sich an einem Treiben zu beteiligen, das allmählich den Eindruck des engherzigen machen muß, wenn die Leiter der Parteien fortfahren, die alte Schroffheit der Gegensätze zur treibenden Kraft der Wahlbewegung zu machen.

### Wahlangelegenheit.

Alle diejenigen liberalen Urwähler in Halle und dem Saalkreise welche — gleich uns — gegen eine Wiederwahl der Herren Ule um Mommsen und vielmehr der Ansicht sind, daß es unter den gegenwärtigen Umständen gelte:

1. den Frieden, soweit es mit der Ehre und der Existenz Preussens vereinbar, zu erhalten, falls dies aber nicht möglich, den Krieg mit aller durch den Patriotismus gebotenen Energie und Selbstverleugnung zu führen;
2. den Antrag unserer Regierung auf Berufung eines deutschen Parlaments, als der Grundlage zur Einheit und Freiheit Deutschlands, kräftigst zu unterstützen;
3. im Innern an der Verfassung und insbesondere dem Budgetrecht des Abgeordneten-Hauses unerschütterlich festzuhalten, laden wir zu einer Berathung auf

nächsten Donnerstag den 7. d. Mts. Abends 7 1/2 Uhr in den Saal der Weintraube in Siebichenstein hiermit ein.  
Halle, den 3. Juni 1866.

Das Comité der national-liberalen Partei.

Fiebiger. Fritsch. Fubel. Gamm. Küstner.

Pfaffe. Heinecke. Walther.

### Wollhandel und Wollmärkte.

Deßh, d. 1. Juni. In Lieferungsrollen sind, da die Lieferanten wieder zurückkommen, die Preise neuerdings etwas fester, aber in Wollen für den Handel bleibt das Geschäft flau; Einschuren kommen noch immer spärlich an. Das bis jetzt verkaufte Quantum kann sich auf 10,000 Ctr. belaufen. Preise waren

Gebirgszweischuren	50 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> — 55 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	Thlr. p. Zollet.
Feine blaue Herrschaftswolle	49 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> — 51 <sup>3</sup> / <sub>2</sub>	" " "
ditto Zehnwolle	47 — 48 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>	" " "
Boranyaar	45 — 46	" " "
Bacser	43 <sup>3</sup> / <sub>2</sub> — 45	" " "
Einschurwollen	43 <sup>3</sup> / <sub>2</sub> — 53	" " "

bei dem Berliner Cours von 150 Fl. Nannaten zu 77<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Thlr. Pr. Ctr. Fortdauernd kauft die österreichische Regierung auf allen österreichischen Wollmärkten Land- und Komm floollen, um die großen Defekte in seinen Montirungsdepots zu vervollständigen.

Der Wollmarkt in Spremberg hat am 2. Juni einen traurigen Verlauf gehabt. Im vorigen Jahre war derselbe nur mit 400 Ctr. befahren, in diesem Jahre waren es noch keine 200 Ctr., kaum über 100 Ctr., und das Wenige ist nicht einmal geräumt worden, obgleich Fabrikanten aus Forst, Peiß und andern laufiger Fabrikslögen anwesend waren. Die geringfügigen Umsätze zum Preise von 52 — 54 Thlr. weisen einen Abgang von 18 Thlr. gegen voriges Jahr auf.

Strehlen, d. 2. Juni. Zum hiesigen Markte waren 866 Ctr. zugeführt, wovon ca. 400 Ctr. zu folgenden Preisen verkauft wurden: Feine Wolle 60 — 65 Thlr., mittelfeine 50 — 56 Thlr., ordinär 44 — 48 Thlr.

Strehlen, d. 2. Juni. Bei dem heute hier abgehaltenen Wollmarkt wurden 866 Ctr. (mitß Nahtwolle) zum Verkauf gestellt. Etwa die Hälfte davon ist in die zweite Hand übergegangen und wurden dafür folgende Preise bezahlt: feine Wolle 60 — 65 Thlr., mittelfeine 50 — 56 Thlr., ordinär 44 — 48 Thlr. (sämtlich einschürig). Hochfeine und zweischürige Wollen waren nicht zu Markte gebracht. Käufer waren aus Briesau, Brlg., Frankenstein, Münsterberg, Neiß, Neurede, Dslau, Naibor, Reichensbach. Um 1 Uhr war, nachdem der bedeutende Rest von den Producenten zurückgezogen, der Markt beendet.







# Hallische Zeitung

in G. Schwetschke'schen Verlage.  
(Hallischer Courier.)

Politisches und  
für Stadt



literarisches Blatt  
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung: G. Schwetschke'scher Verlag. — Redacteur Dr. Schadeberg.  
Wierteljährlicher Abonnementspreis bei unmittelbarer Abnahme 1 Thlr. 6 Sgr., bei Bezug durch die Post 1 Thlr. 12 $\frac{1}{2}$  Sgr.  
Insertionsgebühren 1 Sgr. 6 Pf. für die dreispaltige Zeile gewöhnlicher Zeitungsschrift oder deren Raum.

N<sup>o</sup> 129.

Halle, Donnerstag den 7. Juni  
Hierzu zwei Beilagen.

1866.

## Deutschland.

Die Aussichten auf die Erhaltung des Friedens, welche noch vor Kurzem, als der Zusammenritt der Pariser Conferenz gestichert erschienen, bedeutend im Steigen waren, haben sich seit einigen Tagen so schwer getrübt, daß der Ausbruch des Krieges in jeder Stunde erwartet werden kann. Trübt aber das unheilvolle Ereigniß herein, so trägt Oesterreich ganz und allein die Schuld an dem Ausbruche des Kampfes. Nicht nur, daß es durch gänzlich unannehmbare Vorbehalte die beabsichtigte Friedensversammlung in Paris vereitelt, nicht nur, daß es durch sein Verhalten in Venedig die Stimmung der Bevölkerung fortwährend reizt und erbittert, so ist auch sein rücksichtsloses Auftreten in Holstein, wo es trotz seiner Erklärung, die holsteinische Sache dem Deutschen Bunde zu überlassen, einseitig die dortigen Stände zusammenberufen will, für nichts anderes, als eine Provokation zum Kriege anzusehen. Dilem letzteren Schritte Oesterreichs gegenüber enthält der neueste „Preuss. Staats-Anzeiger“ eine Erklärung, welche dazu bestimmt scheint, dem Wiener Kabinett in der letzten Stunde eine Mahnung an vertragsmäßig übernommene Verpflichtungen ins Gedächtniß zu rufen. Die Erklärung lautet:

„Zwischen Preußen und Oesterreich ist unter dem 16. Januar 1864 eine Convention zu Berlin unterzeichnet worden, um den gemeinsamen Gang in der Angelegenheit der Herzogthümer zu regeln. Artikel 5 derselben lautet:

„Für den Fall, daß es zu Feindseligkeiten in Schleswig käme und also die zwischen den deutschen Mächten und Dänemark bestehenden Vertrags-Verhältnissen hinfällig würden, behalten die Höfe von Preußen und Oesterreich sich vor, die künftigen Verhältnisse der Herzogthümer nur im gegenseitigen Einverständnis festzustellen. Zur Erzielung dieses Einverständnisses würden sie eintretenden Falles die sachgemäßen weiteren Abreden treffen. Sie werden jedenfalls die Frage über die Erbfolge in den Herzogthümern nicht anders, als im gemeinsamen Einverständnis entscheiden.“

Es bedarf keines Beweises, daß durch die Erklärung Oesterreichs in der Bundestagsitzung am 1. d. M. sowohl die angeführten Bestimmungen der Vereinbarung vom 16. Januar 1864, als auch diejenigen der Casseiner Convention verletzt worden sind.“

Ueber dieselbe Angelegenheit liegen ferner folgende zwei Telegramme in der „Köln. Ztg.“ vor:

**Berlin**, d. 5. Juni. Gleich nach Kenntnissnahme der österreichischen Erklärung in Frankfurt soll Preußen in einer Depesche, welche auch allen Gesandtschaften mitgetheilt wurde, gegen jene Erklärung sowie die Berufung der holsteinischen Stände als gegen einen Bruch der Verträge Verwahrung eingelegt haben. Die Einberufung könne nur rechtmäßig sein, wenn sie von beiden Souverainen erfolge.

**Berlin**, d. 5. Juni. Man versichert, preussischerseits sei eine auf Oesterreichs angekündigte Vertragsverletzung bezügliche Mittheilung in Wien erfolgt, welche die Rücknahme verlangt. Aus der Erklärung der neutralen Mächte in Wien soll hervorgehen, daß sie in Folge der Vorbehalte Oesterreichs wegen Venedigs und Oesterreichs Behandlung der Frage der Elb-Herzogthümer in Frankfurt die Conferenz als gegenstandslos ansehen.

Die „Magdeb. Zeitung“ enthält in ihrem neuestem Blatte nachfolgende Notiz:

„Wir hören aus einer Quelle, die wir für völlig zuverlässig zu halten Grund haben, daß, wenn Oesterreich nicht bis morgen (Mittwoch) seine Erklärung am Bunde widerrufen habe, der Preussische Gesandte v. Werther angewiesen sei, Wien zu verlassen.“

Die bedrohliche Haltung Oesterreichs scheint nun aber auch die preussische Regierung veranlaßt zu haben, eine feste Stellung hinsichtlich des Bündnisses mit dem Königreich Italien einzunehmen. Die „Berl. Börsenzeitung“ berichtet darüber folgendes:

„Der definitive Vertrag mit Italien, das wirkliche Schutz- und Trutzhündniß ist jetzt vom König Wilhelm vollzogen worden und der italienische General Gavone ist mit der Urkunde nach Florenz abgereist. Bekanntlich bestand bisher nur ein provisorisches Abkommen, lediglich auf die Eventualität gerichtet, daß Oesterreich einen Angriff gegen Preußen oder Italien unternehmen würde, für welchen Fall die gegenseitige Hülfsleistung vereinbart war. In diesem vorläufigen Pacte, welchem nur bis zum 15. d. M. Geltung gegeben worden, waren namentlich feste Verhandlungen über die Endziele, welche jeder der beiden Staaten Oesterreich gegenüber sich im Falle des Krieges setzen würde, sowie über die Bedingungen, unter welchen einseitig der Abschluß des Friedens zulässig, nicht getroffen. Diese Punkte sind in dem jetzt abgeschlossenen definitiven Bündnisse fixirt worden. — Ueber das Verhältniß der verhandelten Staaten zu Frankreich verlaute noch nichts Zuverlässiges; der Umstand aber, daß das 7. und 8. Armeekorps, welche nach den zuerst getroffenen Dispositionen am Rheine aufgestellt bleiben sollten, nunmehr gleichfalls gegen Oesterreich Position nehmen, darf wohl gefolgert werden, daß die preussische Regierung vor jeder Gefährdung der Sicherheit weiß, da sie andernfalls würde.“

den Standpunkt, welchen die Wiener Abend-Regierung zu offiziellen Mittheilungen in folgendem Artikel vom

der letzten Bundestagsitzung die holsteinische Frage, soweit sie den Einfluss zu nehmen im Deutschen Bunde anheimgelassen, der Oesterreichischen Regierung durch die Ereignisse vollen Unmöglichkeit, sich mit Preußen und dem Landrecht der Herzogthümer abzugeben. Die Consequenz der Sache ziehend, sehen wir an den ursprünglichen, unannehmlichen Austro-Preussischen Verhandlungen. In Bezug auf das Deutsche Recht der Wiener Grundlagen des Casseiner Verhandlungen des Oesterreichischen Bündnisses zu befreiten. Die Commission giebt davon Zeugnis, daß die Forderung der Friebe übertrag den Bericht über die Herzogthümer, die widerlaufende Disposition bezeichnet es aber in einem entscheidenden Punkte, wenn man sagt, die Verträge geben Preußen und Oesterreich das Recht zur Durchführung des Rechtes. Dieses Recht mochte in Würdigung der Mitverdienste Preußens um die Befreiung der Herzogthümer, in Würdigung seiner politischen Stellung im Norden Deutschlands und seiner politischen Bedürfnisse gewissen Einschränkungen unterworfen werden; allein es bei Seite schieben wollte und konnte die Austro-Preussische Abmachung nicht, ohne die Ziele des gemeinsamen Vorgehens gegen Dänemark zu verläugnen, ohne in den Herzogthümern eine Vergewaltigung an Stelle jener zu setzen, zu de-

